



## Bericht aus Berlin

9 / 2011

Viel Freude bei der Lektüre der Ausgabe Nummer 9 meines Berichts aus Berlin wünscht Ihnen

Ihr

*Peter Götz*

## Aus dem Plenum

### Energiewende in Deutschland eingeleitet

Der Deutsche Bundestag hat in dieser Woche die gesellschaftliche Grundentscheidung, die nach der Havarie des Kernkraftwerks von Fukushima am 11.03.2011 getroffen wurde, Deutschlands Energieversorgung in Zukunft aus erneuerbaren Quellen zu decken, mit großer Mehrheit umgesetzt. Nach einer über 30jährigen kontroversen, teils unversöhnlichen Debatte steigt Deutschland als erste führende Industrienation bis zum Jahr 2022 endgültig aus der Atomenergie aus. In Namentlicher Abstimmung wurde mit breiter parteiübergreifender Mehrheit von 513 Ja-Stimmen bei 79 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen ein über 700 Seiten starkes Gesetzespaket zur Umsetzung der christlich-liberalen Energiewende auf den Weg gebracht. Mit diesem werden Stromnetze schneller ausgebaut, Gebäude besser gedämmt und der Ökostromanteil bis 2020 stark erhöht. Die konkreten Regelungen zum **Atombereich** sind: Die acht derzeit abgeschalteten Kernkraftwerke kommen nicht mehr an das Netz, die restlichen neun werden stufenweise bis 2022 abgeschaltet. Mit dem Netzausbaubeschleunigungsgesetz (NABEG) wird dafür gesorgt, dass Strom aus regenerativen Energien möglichst rasch in größerem Umfang in das Netz eingespeist und transportiert werden kann. Dazu kann die Bundesnetzagentur für länder- und grenzüberschreitende Höchstspannungsleitungen nunmehr sowohl die Fachplanung als auch die Planfeststellung federführend koordinieren. Das **Gesetz zur Neuregelung des Rechtsrahmens für die Förderung der**

**Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien (EEG)** zielt darauf ab, den Anteil produzierten Stroms bis spätestens 2020 auf mindestens 35 Prozent zu erhöhen. Mit dem Angebot einer Marktprämie wird eine Brücke für die Integration in den regulären Strommarkt gebaut. Indem die EEG-Umlage den Betrag von 3,5 Cent pro Kilowattstunde nicht übersteigt, wird die Bezahlbarkeit des EEG erhalten. Damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit der stromintensiven Unternehmen nicht über Gebühr belastet wird, wird eine lineare, breit gefasste Ausgleichsregelung eingeführt. Das Gesetz zur Neuregelung energiewirtschaftsrechtlicher Vorschriften hat im parlamentarischen Verfahren ebenso wie das Gesetz zur Stärkung der klimagerechten Entwicklung in den Städten und Gemeinden im Wesentlichen Klarstellungen erhalten. Das Gesetz zur steuerlichen Förderung von **energetischen Sanierungsmaßnahmen** an Wohngebäuden setzt nunmehr mit dem Tag seines Inkrafttretens neue steuerliche Anreize: Sanierungsmaßnahmen, die zu einer überdurchschnittlichen Energieeffizienz führen, verringern auf zehn Jahre verteilt die Steuerbemessungsgrundlage. Damit soll eine möglichst umfassende Gebäudemodernisierung gefördert werden. Das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens „Energie- und Klimafonds“ (EKFG) stellt einen Ausgleich für die entfallenden Beiträge der Kernkraftwerksbetreiber zum Klimafonds (EKF) her. Dazu gehen die Erlöse aus dem Emissionshandel ab 2013 vollständig in den EKF. Die Bürger und Unternehmen in unserem Land vertrauen zu Recht darauf, dass Strom zu jeder Tages- und Nachtzeit, in jeder Menge und zu bezahlbarem Preis vorhanden ist.

Weitere Informationen unter: [www.cducsu.de](http://www.cducsu.de)

### Wussten Sie schon, ...?

#### ... dass sich der Bundestag nicht ganz vom Rhein verabschiedet hat?

Donnerstags und freitags in Sitzungswochen erklingen pünktlich um 8.35 Uhr die Glocken des Kölner Doms im Bundestag. Die Glockentöne kommen vom Tonband und laden zur christlichen Morgenfeier in den Andachtsraum ein.

(Quelle: Deutscher Bundestag, Fakten, Der Bundestag auf einen Blick)

# Nachrichten

## Götz redet im Plenum: Klimagerechte Stadtentwicklung im Baugesetzbuch verankert



Peter Götz, MdB, im Deutschen Bundestag

Im Rahmen der 2./3. Lesung der Energiegesetze im Plenum des Deutschen Bundestages sprach der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Götz, MdB, am Donnerstag zum Schwerpunkt Bau- und Planungsrecht. Hierbei betonte Götz: „Mit den klimapolitischen Anpassungen im Baugesetzbuch stärkt die Union die klimagerechte Entwicklung der Städte und Gemeinden. Wir geben den Gemeinden dabei einen zusätzlichen Gestaltungsrahmen und schaffen im Bau- und Planungsrecht mehr Rechtssicherheit.“

Wir setzen stärker auf das neue Förderprogramm „energetische Stadtsanierung“ und wollen damit die Städte und Gemeinden unterstützen, einem klimagerechten Stadtumbau besser Rechnung zu tragen. Dabei geht es uns vor allem um eine gebäudeübergreifende, stadtquartiersbezogene Betrachtung. Die KfW startet das neue Programm noch in diesem Jahr. Dreh- und Angelpunkt für Energiesparen und das Erreichen der Klimaschutzziele ist der Gebäudebereich. Wir setzen dabei nicht wie die Grünen auf Zwang und Nötigung, sondern auf Anreize und Verbraucherinformationen. Wir wollen die Menschen überzeugen, viel für die Energieeffizienz zu tun. Ab dem kommenden Jahr werden wir die Mittel im CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm auf jährlich 1,5 Mrd. Euro erhöhen. Darin enthalten sind 150 Mio. Euro für direkte Zuschüsse. Um möglichst alle Wohneigentümergruppen zu gewinnen, bieten wir alternativ auch steuerliche Anreize für die energetische Sanierung von Gebäuden an. Es dürfen dabei weder die Hauseigentümer noch die Mieter überfordert oder überfordert werden.“

## Lukas Laible absolviert Praktikum in Berlin

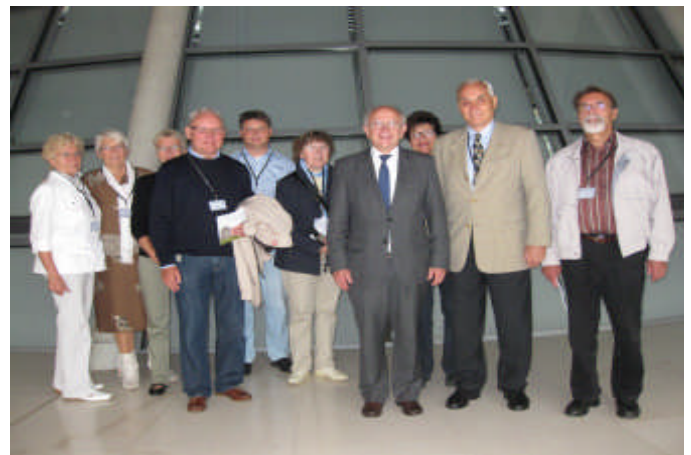
Der Iffezheimer Lukas Laible nutzte die Zeit nach den stressigen Abiturprüfungen, um eine Woche lang den Berliner Politikbetrieb näher kennen zu lernen. Im Rahmen eines einwöchigen Praktikums im Bundestagsbüro von Peter Götz nahm der 19-jährige unter anderem an einer Sitzung des Verkehrsausschusses sowie an einer Anhörung des Ausschusses zur Novellierung des Baugesetzbuches teil. Im Plenum konnte der Abiturient schließlich die Debatte zur Änderung des Atomgesetzes persönlich mitverfolgen.



Lukas Laible auf dem Übergang vom Marie-Elisabeth-Lüders-Haus zum Paul-Löbe-Haus

„Ich freue mich sehr darüber, die Chance für solch einen Einblick in die Politik bekommen zu haben“, so der angehende Jura-Student zum Abschluss seiner Woche in Berlin.

## Peter Götz empfängt Badener Freundeskreis Berliner Schloss



Peter Götz mit Mitgliedern des Freundeskreises Berliner Schloss Baden auf der Fraktionsebene im Reichstagsgebäude

Die Eröffnung der Info-Box zum Berliner Schloss war Anlass für Dr. Karl-M. Immich, Baden-Baden (Bild: 2. v.r.), mit einer Delegation des „Freundeskreises Berliner Schloss in Baden“ in die Bundeshauptstadt zu kommen. Peter Götz, MdB, der auch Mitglied des Freundeskreises ist, nahm diese Stippvisite gerne zum Anlass, die Gäste in den Reichstag einzuladen. Im Anschluss an eine lebhaft diskutierte Besichtigung der Reichstagskuppel den Besuch ab.

## Einige interessante Daten und Fakten...

### Erwerbsbeteiligung älterer Menschen nimmt deutlich zu

Die Erwerbsbeteiligung älterer Menschen in Deutschland hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Die Erwerbstätigenquote der 55- bis 64-Jährigen stieg zwischen 2000 und 2009 von 37% auf 56% und damit so stark wie in keiner anderen Altersgruppe. Nach Erreichen des 65. Lebensjahres waren in Deutschland noch 4% der Bevölkerung erwerbstätig. Im EU-weiten Vergleich verzeichnete 2009 auf der

Basis von Eurostat-Informationen Schweden mit 70% die höchste Erwerbstätigenquote unter den 55- bis 64-Jährigen. In der EU insgesamt lag die Quote bei 46%. Die über 65-Jährigen nahmen am häufigsten in Portugal (17%), Rumänien (14%) und Schweden (12%) am Erwerbsleben teil. Der EU-Durchschnitt lag bei 5%.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

### Reallöhne steigen im ersten Quartal um durchschnittlich 2 %

Die Reallöhne, das heißt die preisbereinigten Bruttomonatsverdienste vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer, sind im ersten Quartal 2011 im Vergleich zum ersten Quartal 2010 um durchschnittlich 2% gestiegen. Der kräftige Anstieg der Bruttomonatsverdienste zum Jahresbeginn 2011 erstreckte sich auf fast alle Wirtschaftszweige. Je nach Branche gab es dafür jedoch unterschiedliche Gründe: So nahm im Verarbeitenden Gewerbe die Zahl der Kurzarbeiter weiter ab und im Bereich der Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung erhielten Beschäftigte im ersten Quartal 2011 hohe tarifliche

Einmalzahlungen. Ein vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer verdiente in Deutschland im ersten Quartal 2011 ohne Sonderzahlungen durchschnittlich 3.264 Euro brutto im Monat. Die höchsten Durchschnittsverdienste erzielten die Beschäftigten in der Energieversorgung (4.322 Euro), bei Banken und Versicherungen (4.315 Euro) sowie im Bereich Information und Kommunikation (4.299 Euro). Der niedrigste durchschnittliche Bruttomonatsverdienst wurde im Gastgewerbe (1 951 Euro) gezahlt.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

### Arbeitslosenzahl unter 2,9 Millionen gesunken

Der Arbeitsmarkt in Deutschland profitiert weiter vom stabilen Aufschwung der Wirtschaft. Die Zahl der Erwerbslosen ist im Juni um 67 000 auf 2 893 000 gesunken. Das waren 255 000 weniger als vor einem Jahr, wie die Bundesagentur für Arbeit (BA) mitteilte. Die Arbeitslosenquote ging um 0,1 Punkte auf 6,9 Prozent zurück. Vor einem Jahr hatte sie bei 7,5 Prozent gelegen. Der Konjunkturaufschwung hat nach Angaben der BA auch zu einem deutlichen Zuwachs der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung geführt. Binnen Jahresfrist nahm sie um 680 000 auf 28,23 Millionen zu (Zahlen vom April). Etwa 60 Prozent des Zuwachses entfiel auf Vollzeitjobs. Die Zahl der Erwerbstätigen lag zuletzt (im Mai) mit 40,88 Millionen um 488 000 über dem Vorjahreswert. (Quelle: dpa)